



Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- WR Reine Wohngebiete
WA Allgemeine Wohngebiete
WS Kleinsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

- MI Mischgebiete
MK Kerngebiete
MD Dorfgebiete

- Baulinie
Baugrenze
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
Firsttrichtung

Gewerbliche Bauflächen

- GE Gewerbegebiete
GI Industriegebiete

Sonderbauflächen

- SW Wochenendausbeute
SO Sondergebiete, z. B. Ladengebiete
Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

- Schule
Kindertagesstätte
Kindergarten
Kirche

- III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
III Zahl der Vollgeschosse zwingend
0.2 Grundflächenzahl
1.0 Geschossflächenzahl
3.0 Baumassenzahl
o Offene Bauweise
nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
nur Hausgruppen zulässig
g Geschlossene Bauweise

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen
P Öffentliche Parkflächen
Straßenbegrenzungslinie
Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
Zufahrtsverbot

- Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformstation
Mit Geh- u. Leitungsrechten zugunsten der Stadt Hildesheim u. der Stadtwerke Hildesheim zulastende Flächen
Führung oberirdischer Versorgungsanlagen

- Arkaden
Auskragung
Flächen für Aufschüttungen

Weitere Nutzungsarten

- Flächen für Stellplätze oder Garagen
St Stellplätze
Ga Garagen
GSt Gemeinschaftsstellplätze
GGa Gemeinschaftsgaragen

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
Flächen für die Forstwirtschaft
Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

- Grünflächen, z. B. Spielplatz
Parkanlage
Dauerkleingärten
Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
Wasserschutz- (W), Quellenschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)
Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
Wirtschafts- und Industriegebäude
Wasserflächen, Häfen

95.1 Straßenhöhen, vorh. (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Die Ausnahmen nach § 3 (3) der Bauordnungsverordnung sind nicht zulässig.

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965.

Hildesheim, den 26. 8. 1968

Stadtvermessungsamt

Dr. Röscher
Stadtvermessungsoberrat

Für die Aufstellung des Planentwurfs

Hildesheim, den 26. 8. 1968

Stadtplanungsamt

Kr. Anna
Stadtbaudirektor

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 2. 6. bis 2. 7. 1969 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgestellt.

Die Auslegung ist am 22. 5. 1969 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 14. 11. 1969

Stadtbaudirektor

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 2. 6. bis 2. 7. 1969 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgestellt.

Hildesheim, den 14. 11. 1969

Stadtbaudirektor

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 17. 11. 1969 zugestimmt.

Hildesheim, den 18. 11. 1969

Stadtbaudirektor

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 17. 11. 1969 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beifolgend.

Hildesheim, den 18. 11. 1969

Oberbürgermeister

Oberstadtdirektor

GENEHMIGT
gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341), nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage.

Hildesheim, den 1. 12. 1970

Der Regierungspräsident im Auftrag

(L.S.)

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 12. 2. 1970 öffentlich aus.

Hildesheim, den 12. 2. 1970

Stadtbaudirektor